

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verbandsstelle: Leipzig
Zeiler Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelte gespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383 Kassierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiler Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 11. Oktober 1930

34. Jahrgang

Nummer 41

Der demokratische Freiheitsbegriff

Aus dem Wahlkampf am 14. September sind in erster Linie die politischen Parteien als Sieger hervorgegangen, deren Staatsideal nicht die Demokratie ist. Die Kommunisten als Verehrer und Propagandisten des bolschewistischen Staats- und Wirtschaftssystems und die Nationalsozialisten als Anbeter des Faschismus haben die stärksten Wahlerfolge zu erringen vermocht. Es bedeutet sicherlich keine Beileidigung der Millionen Deutscher, die den Links- und Rechtsextremen durch entsprechende Abgabe des Stimmzettels ihre Sympathien ausgesprochen haben, wenn hier behauptet wird, daß nur ein ganz kleiner Prozentsatz dieser Wähler die politischen und wirtschaftlichen Ziele dieser Gruppen billigen würde, wenn ihnen einmal die Gelegenheit gegeben werden könnte, diese in der Praxis durchzuführen, kennen zu lernen. Die Bevorzugung der radikalen Opposition, die mit Worten am lautesten gegen all das ankämpfte, was die Menschen bedrückt und von niemandem angenehm empfunden wird, war in den überwiegend meisten Fällen bloßer Protest.

Wäre es nicht so, dann hätten sich am 14. September rund 11 Millionen deutsche Wähler (kommunistische und nationalsozialistische Stimmen zusammen) gegen die Freiheitsrechte ausgesprochen, die nur die Demokratie dem Staatsbürger gewährt. Als solche seien nur genannt: Die persönliche Freizügigkeit, die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Vermögensfreiheit. Es sei gern zugegeben, daß für Deutsche von diesen uns heute selbstverständlich gewordenen Grundrechten nicht immer der rechten Gebrauch zu machen wissen. Vielleicht liegt das daran, daß wir als Demokratie noch zu jung sind, denn das verfassungsmäßig verbrieftete Recht, in Wort und Schrift die Meinung frei äußern zu dürfen, ist ja vielfach zu einer Schimpffreiheit ausgeartet, und die jenseitigen Länder erscheinende Vereinsmeierei ist bestimmt eine ungeheuere Heberkeigerung der Koalitionsfreiheit. Aber das darf doch nur Auswüchse, die die freihetlichen Grundrechte als Kulturfaktoren nicht zu erschüttern vermögen.

Weder im bolschewistischen Rußland noch in den nach faschistischen Methoden regierten Ländern Italien und Polen besteht das Recht der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die Presse steht unter scharfer Zensur, und nur das kommt an die Öffentlichkeit, was den jeweiligen politischen Machthabern angenehm ist. Alle Versammlungen stehen unter polizeilicher Kontrolle. Dabei ist den Polizeiorganen aber nicht wie bei uns die Aufgabe übertragen, für eine ordnungsmäßige Abwicklung der Versammlung zu sorgen, sondern die polizeiliche Aufsicht ist denen zugeordnet, die die Versammlung einberufen haben, um ihre Meinung kund zu tun. Ein der Regierung unangenehmes Wort genügt, um den Referenten vom Rednerpult ins Gefängnis wandern zu lassen. Aber nicht nur Redner und Schriftsteller bekommen in den bolschewistischen und faschistischen Staaten Maulkorb umgehängt, sondern auch alle Privatpersonen. So wird aus Italien folgende Meldung verbreitet: „Ein italienischer Geschäftsreisender, der im Auftrag einer französischen Firma arbeitete, besuchte einen italienischen Kunden, der wegen der augenblicklichen Krise besondere Zahlungsbedingungen und einen Preisnachlaß verlangte. Der Reisende richtete ein Telegramm an seine Firma nach Frankreich, in dem er die Wünsche des Kunden begründete. Zwei Stunden später wurde er im Hotel von zwei faschistischen Geheimpolizisten verhaftet, die ihn ins Gefängnis brachten. Dort blieb er 56 Stunden, bis ihm der Polizeikommissar nach strengem Verhör den Rat gab, keine falschen Nachrichten weiter über eine wirtschaftliche Krise in Italien zu verbreiten, wenn er nicht zu einigen Jahren Zwangsarbeit auf den Liparischen Inseln verurteilt werden wollte. Ähnliche Vorkommnisse sind in Rußland gang und gäbe. Man sieht in diesen Ländern die öffentliche Kritik an wahren Tatbeständen. Das aber ist nur ein Zeichen innerer Schwäche, nicht, wie die bei uns herumreisenden Agitatoren erzählen, ein Beweis der Stärke.“

Man stelle sich vor, die Nationalsozialisten entbeden alle 5 Minuten irgendeinen öffentlichen Skandal. In 99 von 100 Fällen sind es freilich ganz plumpe Agitationslügen, die von ihren Urhebern vor Gericht nie aufrecht erhalten werden. Aber daß sich im öffentlichen Leben des Nachkriegsdeutschland auch recht bedauerliche Stände ereignet haben, bestreitet kein vernünftiger Mensch. Die Republik oder das parlamentarische System dafür verantwortlich zu machen, ist allerdings kindisch, denn die Kaiserzeit war in dieser Beziehung bestimmt nicht besser. Nur sind in der Republik die unerfreulichen Vorkommnisse vor aller Öffentlichkeit verhandelt worden. Und gerade die politischen Gruppen, die dabei am meisten mit Unwahrheiten und Geschmackslosigkeiten gearbeitet haben, verbuchten daraus einen ansehnlichen Wählergewinn. Dabei scheint es keinem Menschen aufzufallen, daß gerade diese Parteien, wie sie selbst verkünden, durch Knebelung der öffentlichen Meinung sich davor schützen wollen, daß Ähnliches von ihnen ans Tageslicht kommt, wenn sie einmal die Macht im Staate haben. Hier zeigt sich der ganze Widerspruch des politischen Handelns! Man benutzt die demokratische Freiheit wohl für sich, um in der Macht bleiben zu können, billigt sie aber den anderen nicht zu! Dieses Gebaren erinnert sehr lebhaft an einen Disfunktionsredner, der einer Versammlung gründlich seine Meinung sagt und nach Beendigung seiner Ausführungen den Antrag auf Schluß der Debatte stellt. Das gestattete vernünftigerweise keine Geschäftsordnung. Warum soll es in der Geschäftsordnung der hohen Politik anders sein? Die Herrschaften, die das wollen, haben natürlich ihre Gründe, deren wichtigster ihre innere Schwäche ist.

Noch ein Wort zur persönlichen Freizügigkeit. Auch diese kennt der Faschismus ebenso wenig wie der Bolschewismus. Der Arbeitszwang, wie er in Rußland besteht, macht den Menschen zu einer willenlosen Figur auf einem Schachbrett. Frei sind nur noch die wenigen, die sich im Apparat eine herrliche Stellung zu sichern vermochten. Es kann nicht der Wunsch des deutschen Arbeiters sein, vom Sklaven der Maschine zum Sklaven eines Organisationsapparates zu werden. Der wirtschaftliche und soziale Freiheitskampf, den die deutsche Arbeiterschaft schon jahr-

zehntelang führt, kann nur in der weiteren Er-zwingung demokratischer Rechte bestehen und be-endet werden.

Selbstmord ist eine widernatürliche Sache. Sich aller Freiheiten berauben, indem man durch den Stimmzettel politischen Gruppen die Macht in die Hände spielt, die programmgemäß die Unfreiheit

aufriichten wollen, wäre aber politischer Selbstmord. Deshalb ist die Stimmabgabe bei der letzten Reichstagswahl für die weite Bevölkerungsschichten eine Verirrung gewesen, aus der es, würde das, was oben geschildert worden ist, zur Tat werden, bald ein trauriges Erwachen gäbe.

Katastrophe oder Aufstieg?

Mit dem 14. September ist in Deutschland bei vielen Leuten die Hoffnung auf eine vollständige Umkehr der Wirtschaft- und Sozialpolitik ganz wesentlich gestiegen. Man verlangt von der kommenden Regierung Taten nach dieser Richtung. Man glaubt, daß mit dem 14. September das Zeitalter der sozialen Reaktion eingeleitet werden müsse. Wenn man sich die ersten Maßnahmen nach dieser Richtung betrachtet, so kommt man zu der Ueberzeugung, daß seitens der Reaktionsäre aller Schattierungen in der nächsten Zeit zu größeren Schlägen ausgeholt werden soll. Die scharfer werdende Wirtschaftskrise und die damit verbundene Flut der Arbeitslosigkeit sind in hohem Maße geeignet, hierbei mitzuhelfen. Es ist noch gar kein Ende dieser Entwicklung abzusehen. Die kapitalistische Wirtschaft erweist sich in Deutschland derartig brüchig, daß vorläufig keinerlei Anhaltspunkte für eine Besserung vorhanden sind. Vor der Furcht einer riesigen Arbeitslosigkeit werden nunmehr Maßnahmen vorbereitet, die sich katastrophal auswirken werden.

Noch ist kein Anzeichen zu sehen, wie die Regierung in der Zukunft aussehen wird. Aber ehe noch die Regierungsbildung auch nur in Umrissen zu sehen ist, versucht die derzeitige Regierung auf Grund der Notgehalte ihren reaktionären Ruf vor Lorenschluß noch zu vermindern. Bedeutsame Beschlüsse sollen gefaßt und ausgeführt werden. An erster Stelle steht wiederum die Arbeitslosenversicherung. Die Notverordnung vom Juli hatte die Zuschüsse des Reiches zur Arbeitslosenversicherung um die Hälfte gekürzt. Im neuen Etatjahr sollen sie bekanntlich vollständig wegfallen. Von da ab soll die Arbeitslosenversicherung ausschließlich aus den Beiträgen bestritten werden. Um nun über die nächste Zukunft hinwegzukommen, ist die Durchführung einer weiteren Beitragserhöhung zur Arbeitslosenversicherung vorgesehen. Ab 1. November soll der Beitragssatz 6½ Prozent des Lohnes betragen. Dadurch wird wiederum eine Lohnkürzung herbeigeführt. Dies wiegt um so schwerer, da das Einkommen der Arbeiter und Angestellten heute mit mindestens 10 Prozent belastet wird. Wenn in der Vorkriegszeit ein Arbeiter je Monat 100 Mark verdiente, dann war er sicher, mit 96 bis 97 Mark Kauf-

kraft rechnen zu können. Heute ist die Vorbelastung so hoch, daß nur noch über eine Summe von 85 bis 90 Mark verfügt werden kann. Hierauf scheint man überhaupt keine Rücksicht genommen zu haben, sonst würde man nicht neue Lasten den alten hinzugefügt haben. Man bedenke, daß die Regierung Hermann Müller aufgelassen ist, weil man sich über die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung im Ausmaß von ¼ Prozent nicht einigen konnte. Inzwischen wird der Arbeitslosenbeitrag verdoppelt, was man ganz in der Ordnung hält. Hieran ist zu ersehen, wie sich die Ideologie bestimmter Kreise im Zeitraum weniger Wochen geändert hat. Die Arbeitslosenversicherung soll hinfort die ganze Last der Arbeitslosigkeit allein tragen. Somit sollen die Schwierigkeiten der kapitalistischen Wirtschaft, die Nachfolgen der Inflation, die Vermehrung der Bevölkerung und was sonst noch als Ursache dieser Arbeitslosigkeit gilt, der Versicherung und damit zum größten Teil der Arbeiterschaft aufgebürdet werden. Es scheint niemand da zu sein, der dieser furchtbaren Entwicklung in die Arme zu fallen vermag.

Daneben plant die Regierung noch eine große Reihe von Reformen. Die Beamtenehälter sollen abgebaut werden. Zu der gleichen Zeit soll eine breite Offensive auf das Lohn- und Gehaltsniveau der Arbeiter und Angestellten unternommen werden. Man hält eine Senkung der Löhne und Gehälter im Ausmaß von 5 bis 10 Prozent als durchaus tragbar. Das Thema Lohnabbau ist nicht neu. Aber noch niemals ist so viel darüber geschrieben worden als gegenwärtig. Sogar Wissenschaftler treten auf den Plan, um zu beweisen, daß der Lohnabbau eine Steigerung der Kaufkraft im Gefolge hätte. Man rechnet dem dummen Menschheit vor, daß ein Abbau der Löhne die Neueinstellung von Arbeitern im großen Umfange zur Folge haben würde. Dadurch würde eine Hebung der Gesamtkaufkraft gewährleistet. Die Gründe, die den Lohn- und Gehaltsabbau der Bevölkerung schmachhaft machen wollen, sind geradezu haarsträubend. Die Höhe der Zinsen, der gesamte Preisaufbau und vieles andere würde sich ganz entschieden zum Nutzen der Volkswirtschaft ändern, wenn die Löhne abgebaut werden. Diese in Büchern und Broschüren

Der Steinarbeiterverband im Rahmen des ADGB

In Nr. 35 des „Steinarbeiter“ wurde ein Bericht über den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) im Jahre 1929 gegeben, der dazu anreizt, die Stellung des Steinarbeiterverbandes innerhalb der Bundesorganisation und sein Verhältnis zur Gesamtorganisation der freien Gewerkschaften Deutschlands des näheren darzulegen.

Mit der Wirtschaftslage beginnend, zählte der Steinarbeiterverband mit zu den Verbänden, die am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen wurden. Er konnte daher nicht zu der, wenn auch verhältnismäßig geringen Mitgliederzunahme des Bundes beitragen. Gegen den Schluß des vorhergehenden Jahres nahm der Verband um 988 Mitglieder ab. Mit 70 357 Mitgliedern im Jahresdurchschnitt rangiert der Verband nach der Mitgliederzahl von 35 Verbänden an 17. Stelle.

Die Gesamteinnahme der Bundesverbände stieg von 221,4 auf 251,7 Millionen Reichsmark, also um 13,7 Prozent; die des Steinarbeiterverbandes (Hauptkasse und Lokalkassen) sank von 3,5 auf 3,2 Millionen Reichsmark, also um 8,6 Prozent.

Auf jedes Mitglied kamen an Jahreseinnahme

	1928 Reichsmark	1929 Reichsmark	Zunahme v. S.	Abnahme v. S.
im ADGB-Durchschnitt	47,64	51,24	7,5	—
im Steinarbeiterverband	49,65	43,69	—	12,0
An Jahresausgabe kamen auf jedes Mitglied				
im ADGB-Durchschnitt	40,69	41,36	1,6	—
im Steinarbeiterverband	44,95	34,17	—	23,9

Sowohl in den Einnahmen als auch in den Ausgaben kommt die schlechte Wirtschaftslage im Jahre 1929 zum Ausdruck. (Daß das Jahr 1930 ein noch viel ungünstigeres Bild abgeben wird, ist allen klar.)

1929 wurden verausgabt für:

	Im ADGB Reichsmark	v. S.	Im Steinarbeiterverband Reichsmark	v. S.
Unterstützungen	86 793 180	42,8	756 039	43,9
Arbeitskämpfe	13 304 760	6,6	147 608	8,6
Presse und Bildungswesen	13 254 726	6,5	190 353	11,1
Agitation u. Organisation	21 446 281	10,6	373 603	21,5
Sonstiges	9 372 657	4,6	71 965	4,2
Verwaltung	58 772 473	28,9	184 694	10,7
	202 944 077	100,0	1 724 334	100,0

1928 wurden verausgabt für:

	Im ADGB Reichsmark	v. S.	Im Steinarbeiterverband Reichsmark	v. S.
Unterstützungen	62 540 817	33,2	609 996	25,5
Arbeitskämpfe	32 224 377	17,1	1 050 789	44,0
Presse und Bildungswesen	11 865 347	6,2	188 292	7,9
Agitation u. Organisation	18 667 658	9,8	319 887	13,4
Sonstiges	11 873 705	6,2	28 742	1,2
Verwaltung	52 192 007	27,5	190 142	8,0
	189 363 911	100,0	2 387 848	100,0

Aus dem Vergleich der Ausgabentabellen von 1929 und 1928 geht hervor:

1. die Schwankungen, denen fast alle Ausgabenposten infolge von Konjunkturveränderungen unterworfen sind. So ist der Anteil an Unterstützungen sowohl im Bunde wie im Verbands im Jahre 1929 bedeutend höher als 1928.
2. Bei den Ausgaben für Arbeitskämpfe fällt auf, daß der Verband in beiden Jahren über dem ADGB-Satz steht, 1928 sogar ganz erheblich, was auf den Granitarbeiterstreik in Schlesiens zurückzuführen ist.
3. Der höhere Anteil des Verbandes für Presse und Bildungs-wesen wird vornehmlich durch unsere Wanderkurse hervorgerufen sein.
4. Der höhere Anteil für Agitation und Organisation hat seine Ursache in der Weiterzweignheit des Verbandes bis in die entlegensten Gegenden, deren Aufführung und Bearbeitung mit entsprechend hohen Kosten verbunden ist.
5. Der Anteil des Verbandes für Verwaltungskosten erscheint besonders niedrig, doch sind in ihm nur die Kosten der Hauptverwaltung enthalten, während in den ADGB-Sätzen auch die Verwaltungskosten für die Zahlstellen und Bezirke einbezogen sind.

Den Ortsausschüssen des ADGB waren angeschlossen:

- 1928: 368 Zahlstellen mit 44 815 Mitgliedern;
- 1929: 410 Zahlstellen mit 50 073 Mitgliedern;
- nicht angeschlossen waren
- 1928: 333 Zahlstellen mit 25 252 Mitgliedern;
- 1929: 382 Zahlstellen mit 17 909 Mitgliedern.

Das Verhältnis hat sich also etwas gebessert. Zu berücksichtigen ist, daß viele Zahlstellen unseres Verbandes außerhalb des Reiches von Ortsausschüssen liegen und daß sie vielfach in ländlichen Gegenden die einzige Gewerkschaft am Orte bilden.

Das Jahr 1930 wird ein erheblich ungünstigeres Bild zeigen, wenn der durch die Rationalisierung bedingte Mitgliederchwund nicht durch die Organisierung der in Arbeit stehenden Unorganisierten wieder ausgeglichen wird. Ohne den festen Zusammenhalt aller Berufsangehörigen, insbesondere aber aller Beschäftigten, können die Interessen der Steinarbeiter nicht genügend gewahrt werden. Agitieren und organisieren bleibt daher nach wie vor unsere dringlichste Aufgabe!

E. W.

dergipften Weisheiten werden von der Unternehmerpresse fleißig nachgedruckt. Wir haben bisher allerhand gehört; aber eine Steigerung des Realeinkommens durch den Lohnabbau herbeizuführen, das ist eine Weisheit, die bisher auch dem Schlauesten nicht in den Sinn gekommen ist. Sollen wir uns damit auseinandersetzen?

Zweifellos gehen wir einem furchtbaren Winter entgegen. Die Notlage, in erster Linie hervorgerufen durch die große Arbeitslosigkeit, kann so gewaltige Formen annehmen, daß eine Katastrophe unvermeidbar wird. Bei dem Lohnkampf in der Berliner Metallindustrie wurde von den Gewerkschaftsvertretern der Vorschlag gemacht, allgemein die 40-Stunden-Woche einzuführen. Die Unternehmer aber lehnten es ab, der Frage der allgemeinen Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 40 Stunden näherzutreten. Sie bestehen darauf, sämtliche Tariflöhne um 15 Prozent zu kürzen. Trotzdem ist der Vorstoß der Berliner Metallarbeiter zur Erreichung der 40-Stunden-Woche bedeutsam genug, um überall die größte Beachtung zu finden. Sollten die Unternehmer in den nächsten Wochen an die Gewerkschaften mit Anträgen auf Lohnabbau herantreten, so muß überall die Gegenforderung lauten: Einführung der 40-Stunden-Woche. Wenn wir uns auch keiner Illusion darüber hingeben, daß mit dieser Maßnahme die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigt werden könnte, so wird aber zweifellos die Möglichkeit vorhanden sein, eine größere Anzahl von Arbeitslosen wieder in die Betriebe zu bringen. Die Einführung der 40-Stunden-Woche in allen Industrien und Gegenden des Reichs kann allerdings nicht ohne einen Höchstmaß an Solidarität aller Arbeiter herbeigeführt werden. Denn ob die Löhne, die heute in sechs Tagen verdient werden, auch in fünf Tagen zur Auszahlung gelangen können, ist noch sehr zweifelhaft. Jedenfalls werden sich die Unternehmer mit Händen und Füßen dagegen sträuben, bei verkürzter Arbeitszeit die gleichen Löhne zu zahlen. Die 40-Stunden-Woche könnte die erste Voraussetzung für den Aufstieg der deutschen Wirtschaft bedeuten.

Wie sich die Verhältnisse auch gestalten mögen: die Arbeiterschaft ist hinfort auf sich selbst gestellt. Wir sind an einem Schnittpunkt angelangt, wo sich die Geister scheiden. Vielleicht von der Inflationszeit abgesehen, standen sich Arbeit und Kapital noch niemals so unveröhnlich gegenüber als zur Zeit. Die Arbeiterschaft trägt an der Verschärfung dieser Klassen gegenüber keine Schuld. Im Gegenteil, allzu bereitwillig hat sie bisher die Opfer der Wirtschaftskrisen auf sich genommen und eine Senkung des Lebensstandards über sich ergehen lassen. Die Herrschaften in der Regierung und in den Leitungen der Arbeitgeberverbände mögen sich gesagt sein lassen, daß auch einmal dem lammfrommen Menschen die Geduld reichen kann. Von den Beschlüssen der Regierung und den Maßnahmen der Unternehmerverbände in den nächsten Wochen wird es abhängen, ob wir über diesen Winter in Ruhe hinwegkommen werden.

Krankengeld für Arbeitslose

Die Notverordnung vom 26. Juli 1930 hat mancherlei einschneidende Änderungen in bezug auf die Kranken- und auch auf die Arbeitslosenversicherung gebracht. So sind auch neue Bestimmungen über das Krankengeld Arbeitsloser geschaffen worden.

Nach § 214 der Reichsversicherungsordnung haben Versicherte, die wegen Erwerbslosigkeit aus der Kasse auscheiden und vorher mindestens 6 Wochen oder in den vorangegangenen 12 Monaten mindestens 26 Wochen gegen Krankheit versichert waren, noch Anspruch auf die Regelleistungen der Krankenkasse, wenn der Versicherungsfall während der Erwerbslosigkeit und binnen 3 Wochen nach dem Ausscheiden eintritt. Diese Schutzbestimmung ist ja allgemein bekannt. Sie galt bislang auch für Empfänger von Arbeitslosenunterstützung. Diese hatten im Falle einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit, sofern diese innerhalb der oben erwähnten 3-Wochen-Schutzfrist eintrat, einen doppelten Anspruch auf Krankengeld. Einmal mußten sie auf Grund der Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ein Krankengeld in Höhe ihrer Arbeitslosenunterstützung von der zuständigen Krankenkasse erhalten. Darüber hinaus stand ihnen noch Anspruch auf Grund des oben erwähnten § 214 der Reichsversicherungsordnung auf Krankengeld nach ihrem früheren Beschäftigungsverhältnis zu. Da nun Doppelleistungen in der Sozialversicherung grundsätzlich ausgeschlossen sind, wurde die Sache so geregelt, daß dem Arbeitslosen von beiden Krankengeldern das höhere zuzustehen. Dies war meist das Krankengeld auf Grund des vorhergegangenen Beschäftigungsverhältnisses nach § 214. Durch die eingangs erwähnte Notverordnung ist nun die Rechtslage eine ganz andere geworden. Es ist eine neue Bestimmung geschaffen worden, in welcher es heißt: „Der Anspruch gemäß § 214 der Reichsversicherungsordnung fällt weg, sobald der Erwerbslose auf Grund des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung gegen Krankheit versichert ist.“ Dies bedeutet für die Arbeitslosen eine nicht geringe Verschlechterung. Da alle Unterstützungsempfänger kraft Gesetzes gegen Krankheit versichert sind, führt die neue Bestimmung dazu, daß die Schutzfrist des § 214 nicht für sie gilt. Sie erhalten also im Falle einer mit Arbeitsunfähigkeit verbundenen Krankheit nur ihren Unterstützungsanspruch auf Krankengeld, auch wenn sie auf Grund des § 214 Anspruch auf ein höheres Krankengeld hätten.

Achte Ausschusssitzung des ADGB

in Dresden
am 19. September im neuen Bau des Dresdner Volkshauses.
(Schluß.)

Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete ein Referat über die

„Volksfürsorge“

Der Geschäftsführer dieses Unternehmens, Kollege Streine, schilderte die Entstehung, den außerordentlich günstigen Stand, die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten und die hohen sozialen und volkswirtschaftlichen Aufgaben dieses großen Instituts der Volksversicherung. Von den Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften im Jahre 1912 ins Leben gerufen — zur Beseitigung der Mißstände, die bis dahin bei der Volksversicherung einer Reihe privater Versicherungsgesellschaften bestanden haben und zur Rettung der von der Arbeiterschaft dort eingezahlten Gelder für Zwecke der Gemeinwirtschaft und von der Arbeiterschaft nahe stehenden Institutionen — hat die Volksfürsorge unter weitestgehender Sicherung nach den strengen Vorschriften des Privatversicherungsgesetzes und der Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes eine glänzende Entwicklung genommen. Steht sie doch nach der Zahl der bei ihr abgeschlossenen mehr als 2 Millionen Versicherungsverträge an erster und nach der vereinbarten Versicherungssumme in Höhe von mehr als 900 Millionen an dritter Stelle aller Lebensversicherungsgesellschaften. Ihr Vermögen beträgt zur Zeit 117 Millionen Reichsmark. Davon sind u. a. rund 67 Millionen in erstklassigen Hypotheken und 29 Millionen Reichsmark an Gemeinden vorwiegend für den gemeinnützigen Kleinwohnungsbau angelegt und dienen so den Interessen der breiten Masse des Volkes. Den gewinnberechtigten Versicherten fließen die durch einen gut durchgeführten Verwaltungsapparat und trotz günstiger Versicherungsbedingungen erzielten Ueberschüsse als Dividenden zu. Deren Höhe betrug im letzten Jahre 30 v. H. bzw. 35 v. H. der eingezahlten Jahresprämie und wird mit den üblichen Zinsen bei Auszahlung der Versicherungssumme im Todesfall oder beim Erleben des natürlichen Ablaufs des Versicherungsvertrages mit ausgezahlt. Die dafür den Versicherten gutgeschriebene Summe beträgt gegenwärtig bereits 20 Millionen Reichsmark, die ebenso wie die annähernd 90 Millionen Reichsmark betragende Prämienreserve nebst den geleglich vorgeschriebenen und für besondere Situationen und unvorhergesehene Ereignisse gebildeten besonderen Reserven den Versicherten weitestgehende Sicherheit bieten.

Nebenher wurden die natürlichen Vorteile einer Lebensversicherung gegenüber den Geldanlagen bei Sparkassen, besonders auch unter Berücksichtigung der von der Volksfürsorge gewährten

Gratisunfallversicherung durch Auszahlung der doppelten Versicherungssumme bei Unfalltod auseinandergesetzt und hervor gehoben, welche Garantien dafür bestehen, daß es einen Verfall der eingezahlten Prämien auch dann nicht gibt, wenn der Versicherte gezwungen ist, die Versicherung aufzugeben. Auch das Wesen und die Nachteile der sogenannten Abonnementsversicherung wurden erwähnt. Eingehend schilderte Genosse Streine die Grundsätze und Praxis, die die Leitung der Volksfürsorge bei der Anlage der ihr durch die mehr als 2 Millionen Versicherten anvertrauten Kapitalien und bei der Festsetzung der Zinsen für langfristige Gelder befolgt. Im Vordergrund steht das Interesse der Versicherten, indessen dürfen auch die notwendigen Rücksichten auf gemeinnützige Darlehensnehmer nicht aus dem Auge gelassen werden. Auch die im Fluße befindliche Aufwertung der vor der Inflation erfolgten Leistungen der Versicherten wurde zahlenmäßig belegt. Zum Schluß gab der Redner einen Ausblick auf die der Volksfürsorge noch bevorstehenden und von ihr vorbereiteten Aufgaben, durch die dem Volksganzen besonders gedient werden soll. Ein Teil dieser Aufgaben liegen auf Gebieten, die auch die Gewerkschaften und Genossenschaften, wenn auch in anderer Weise und mit anderer Zielsetzung, bearbeiten.

Zur Erwidernng

Wie nicht anders zu erwarten war, hat unser Artikel „Wert und Rentabilität einiger Großbetriebe in der Steinindustrie“ (siehe „Steinarbeiter“ Nr. 38) Unwillen in Unternehmertreibern hervorgerufen, ganz besonders aber bei denen, die als Sachwalter der kapitalistischen Interessen zu wirken haben. Einer dieser Herren äußerte einem unserer Funktionäre gegenüber, daß der Artikelschreiber „kein tieferes Verständnis von der Wirtschaftlichkeit der Steinindustrie habe“, wodurch der häufig zu beobachtende Direktorendünkel recht drastisch in Erscheinung tritt. Die Herren sehen in der „Wirtschaft“ nur die Produktionsseite ohne die Voraussetzungen für den Absatz zu schaffen, sie verweigern Staat und Kommunen die Mittel zur Auftragserteilung, den Abgang auf dem sie sitzen. Sie rationalisieren (die Kapazität der Basaltunion ist in den letzten Jahren von 5 auf 8 Millionen Tonnen gestiegen) machen die Arbeiter brotlos und schimpfen auf die von ihnen selbst verursachten sozialen Lasten. Bei alledem spielen sie sich noch als „Wohltäter der Menschheit“ auf, die von den unverständigen und undankbaren Arbeitern verkannt und verlästert werden. Es wird Zeit, daß die Arbeiterschaft ihre Klassenlage erkennt und sich abwendet von den Vertretern und Förderern (gewollten und ungewollten) des kapitalistischen Systems, andernfalls sie zurückfällt in längst überwundene Kulturepochen.

Folgende Verse sind aus den vorliegenden Erwägungen entstanden:

Direktorenweisheit

Was versteht der Prolet von der Rentabilität, von Gewinnen und Prozenten, von Tantiemen, Dividenden, die ein hoher Aufsichtsrat jährlich zu verzehren hat.

Was versteht der Prolet von der Direktoren Not, von der Aktionäre Nummer, wenn gewinnt nicht jede Nummer, die geht in den Betrieb und mal ohne Rente blieb.

Was versteht der Prolet von der Rationalität, vom Zeitalter der Maschinen, dem er selbstlos sollte dienen. Wozu Menschen, Kopf an Kopf, Ich drüß' einfach auf den Knopf.

Was versteht der Prolet von der Produktivität. Braucht er doch nur konsumieren und die Stempelstelle zieren. Ist er ausgesteuert gar, wird er aller Pflichten bar.

Was versteht der Prolet gar von der Humanität. Von der Wirtschaft Glorienchein müßt' er ganz geblendet sein, statt bei jedem Augenknurren aufbegehren und zu murren.

Unverständiger Prolet, merke dir, um was es geht. Wähle zwischen deinesgleichen und den Sachwaltern der Reichen. Hier der Arbeit Menschheitsglück dort ins Inflationen zurüd. Erwin.

An dritter Stelle stand zur Verhandlung der Plan zur Gründung einer

Holdinggesellschaft der Gewerkschaftshäuser.

Als Vertreter des Bundesvorstandes referierte Ernst Schulze. Er wies darauf hin, daß der Bundesauschuß, als die Frage der Holdinggesellschaft zuerst auf einer seiner Tagungen zur Sprache kam, den Bundesvorstand beauftragte, zunächst erst einmal die Zusammenfassung der Gewerkschaftshäuser vorzubereiten. Ein ähnlicher Wunsch wurde auch schon seit Jahren von den Vertretern der Volkshäuser geäußert, wenn auch ihrerseits nicht der Plan bestand, die Zusammenfassung in Form einer Holdinggesellschaft vorzunehmen. Bekanntlich ist die Mehrzahl der Volkshäuser schon seit Jahren in einer Arbeitsgemeinschaft vereint. Da die Arbeitsgemeinschaft wünschte, daß der Bundesvorstand ihre Zusammenfassung unterstütze, ist von seiner Seite die Arbeitsgemeinschaft planmäßig im Sinne der Schaffung einer Holdinggesellschaft beeinflusst worden. Grundsätzlich bestanden überhaupt nur zwei Möglichkeiten für die Zusammenfassung: 1. in Form eines eingetragenen Vereins (Beitragszwang, Revisionszwang, Abnahme des Organs), oder 2. in Form einer Holdinggesellschaft.

Entscheidend für die Wahl der Form konnte ausschließlich die Zweckbestimmung sein. Was sollte durch den Zusammenschluß erreicht werden? Den Vertretern der Gewerkschaftshäuser schwebte dreierlei vor: 1. durch Nachspruch des Bundesvorstandes alle Gewerkschaftshäuser zum Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft zu zwingen; 2. durch die Revisionskontrolle, die dann erfolgen könnte, eine fortrete Beitragsleistung durchzusetzen und 3. mit diesen Mitteln die Möglichkeit zu erhalten, einen besoldeten Leiter der Arbeitsgemeinschaft einzustellen.

Den Vertretern des Bundesvorstandes schien diese Zweckbestimmung nicht ausreichend. Aber selbst wenn man sich auf sie beschränkt hätte, so würde doch eine Arbeitsgemeinschaft oder auch ein eingetragener Verein kein geeignetes Instrument darstellen, um sich im Bedarfsfalle die erforderliche Anerkennung verschaffen zu können. Die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft war ohne Zweifel schon deshalb eine Notwendigkeit, weil die Gewerkschaftshäuser eine Instanz zur gegenseitigen Beratung brauchten. Aber damit allein ist es nicht getan. Nach Ansicht der Bundesvertreter war es unbedingt erforderlich, 1. das in den Gewerkschaftshäusern inestrierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen; 2. eine händige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang ausüben; 3. darauf bedacht zu sein, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und 4. eine juristische Körperschaft zu schaffen, die für alle Häuser, auch für neuzugründende Unternehmungen, die alleinberufene Rechtsstelle sein kann.

Daß die Bundesvertreter gerade auf diese Zweckbestimmung mit solcher Entschiedenheit drangen, war das Ergebnis der Prüfung der tatsächlichen Verhältnisse, die sie vorgenommen hatten. In den Gesellschaftsverträgen der bestehenden Unternehmungen herrscht heute ein buntes Durcheinander. Alle Gesellschaftsformen sind vertreten. Angefangen vom primitivsten eingetragenen Verein, der eingetragenen Genossenschaft, der GmbH, bis zur offenen Handelsgesellschaft. Die ersten beiden Formen sind nichts anderes als die Garantie für die laut Verzeichnis beim Amtsgericht eingetragenen Vereins- bzw. Genossenschaftsmitglieder, daß sie die Privateigentümer des Besitzes sind, obwohl in zahllosen Fällen die

Gewerkschaften und andere Körperschaften die Anteile bezahlt haben. In einer Reihe von Beispielen bewies der Redner, wie anscheinbar oft der Inhalt der Treuhandverträge sei, wie groß die Gefahr, daß die Gewerkschaften ihres Besitzes verlustig gehen könnten.

Die Ueberführung der Arbeitsgemeinschaft in einen eingetragenen Verein würde noch keine Möglichkeit schaffen, die notwendige Revisionskontrolle auszuüben bzw. sie zu erzwingen. Auf diese Möglichkeit kommt es aber an, weil die Geschäftsführung der Häuser in vielen Fällen aus Mangel an geschultem Personal zu wünschen übrig läßt. Ohne laufende Zwangskontrolle ist auch eine wirksame steuerrechtliche Betreuung nicht möglich. Daher kamen die Bundesvertreter zu dem Schluß, daß ein fester Zusammenschluß der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv übereignet wird.

Dieser Plan ist im September des vergangenen Jahres einer Konferenz von Geschäftsführern der Gewerkschaftshäuser und Vertretern der beteiligten Ortsausschüsse vorgelegt worden und fand bei der großen Mehrheit entschiedene Zustimmung. Es blieb nur übrig, eine Reihe von organisatorischen Vorfragen zu klären.

Diese Vorarbeiten sind jetzt zur Zufriedenheit abgeschlossen. Der Bundesvorstand hat daher in Verbindung mit der Treuhandgesellschaft, die bei der Arbeiterbank besteht, den Entwurf eines Gesellschaftsvertrages ausgearbeitet. Der Bundesvorstand schlägt die Gründung einer Holdinggesellschaft vor, deren gesamtes Gründungskapital im Betrage von 50 000 Reichsmark der Bundesvorstand übernimmt. Das ausschlaggebende Stimmrecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschaftsversammlung muß selbstverständlich immer im Besitze des Bundesvorstandes bleiben.

Die Angliederung der Einzelunternehmen ist in der Weise gedacht, daß zunächst bei jedem anzugliedernden Unternehmen der Vermögensstand festgestellt und als Uebernahmewert nur der Aktienwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Es sind außerdem noch einige andere Momente zu berücksichtigen, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Als Gegenwert für die Uebertragung gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortsausschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften. Eine Erhöhung des Gesellschaftskapitals kann entsprechend dem neu eingebrachten Besitz jederzeit erfolgen.

Nicht übernommen werden können aus steuerrechtlichen und gesellschaftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, welche die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen.

Die neue Holdinggesellschaft wird sich also auf die sachgemäße Kontrolle und Verwaltung des Besitzes beschränken. Für die ausreichende Kontrolle wirkt der Revisionszwang. Die Revisionen werden auf Kosten der Gesellschaft durchgeführt. Die Revisionskosten werden der wesentlichste Teil der gesamten Verwaltungskosten sein, da die Betreuung der Häuser sonst keinerlei größeren Verwaltungsapparat bedarf. Sie werden aufgebracht durch die Umlage bei den angeschlossenen Häusern. Die Holdinggesellschaft wird die Ueberführung der Gewerkschaftshäuser in ihren Besitz nur in einem sehr langen Zeitraum durchführen können. Sie wird insolge dessen auch die Geschäfte der jetzigen Arbeitsgemeinschaft übernehmen müssen, wofür die Kosten wie bisher durch die Beitragsleistung der angeschlossenen Häuser in Höhe von 1 v. H. ihres Umsatzes aufgebracht werden. An Stelle des jetzigen Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft wird eine Kommission des Aufsichtsrates der Holdinggesellschaft treten.

Die vorjährige Konferenz hat ergeben, daß mindestens bei einer Anzahl von Gewerkschaftshäusern bestimmt damit zu rechnen ist, daß ihre Uebernahme durch die Holdinggesellschaft ohne Schwierigkeit erfolgen wird. Im ganzen wird der Angliederungsprozeß selbstverständlich Jahre dauern. Der Bundesvorstand rechnet bei diesen Bemühungen auf die tatkräftige Unterstützung der Verbandsvorstände. Mit der Gründung der Holdinggesellschaft wird dann nicht nur ein Verwaltungsinstrument geschaffen, das zuständig ist für die Kontrolle und Sicherung des Vermögens der Gewerkschaften, sondern auch die Institution, ohne deren Mitwirkung an keinem Orte mehr neue Gewerkschaftshausgründungen erfolgen dürfen.

Der Bundesauschuß stimmte dem Vorschlag des Bundesvorstandes, eine Holdinggesellschaft mit einem Gründungskapital von 50 000 Reichsmark aus den Mitteln des Bundesvorstandes zu errichten, ohne Debatte einstimmig zu.

Darauf gab Grafmann den

Geschäftsbericht des Bundesvorstandes.

In einer schwierigen Lage befindet sich die Heimvolkshochschule Linz. Der nationalsozialistische Innenminister Fricke in Thüringen hat den Staatszuschuß für die Schule gestrichen. Die Streichung erfolgte zu Unrecht, da die Pflichten des Staates gegenüber der Schule auf Staatsvertrag beruhen. Deswegen wurde in der Angelegenheit eine Klage beim Staatsgerichtshof erhoben; inzwischen mußten Mittel zur Durchführung der Kurie bereitgestellt werden.

Vor kurzem ist die „Kreditanstalt für öffentliche Arbeiten“ ins Leben gerufen worden; in den Aufsichtsrat sind die Kollegen Leipart und Spliedt eingetreten.

Die Zahl unserer Vertreter im Kuratorium des Instituts für Konjunkturforschung ist nach einer Vereinbarung mit dem Institut vermehrt worden; Vertreter sind die Kollegen Leipart und Eggert, Stellvertreter Georg Schmidt und Dr. Arons.

Streine, der den ADGB bisher im Technischen Ausschuß der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene vertrat, ist aus diesem Amt auf seinen Wunsch ausgeschieden. Kollege Sachs ist an seine Stelle getreten.

Grafmann erinnerte an die Ablehnung des Gesetzes über den endgültigen Reichswirtschaftsrat im Reichstag und besprach die Lage, die dadurch für den vorläufigen Reichswirtschaftsrat entstanden ist und erörterte die Möglichkeiten, die Frage der Schaffung des endgültigen Reichswirtschaftsrates bald wieder in Gang zu bringen.

Auf Grund der Arbeiten eines zur Untersuchung der Tätigkeit der Bauparaffen eingesehten Arbeitsausschusses hat der Bundesvorstand sich veranlaßt gesehen, die Gewerkschaftsmitglieder vor der Beteiligung an solchen Bauparaffen dringend zu warnen.

An der Unterzeichnungsaktion zugunsten der Hinterbliebenen der Opfer des Grubenunglücks bei Neurode hat sich der Bundesvorstand mit einer Gabe von 5000 Reichsmark beteiligt; der Betrag wurde dem Bergarbeiterverband zur bestimmungsgemäßen Verwendung zur Verfügung gestellt. Für die Vereinigung der Kinderfreunde hat der Bundesvorstand einen Zuschuß von 1000 Reichsmark bewilligt.

Die Ueberfiedlung des Buros des ADGB nach Berlin wird zum 1. April 1931 stattfinden. Die Vorbereitungen für die Ueberfiedlung sind eingeleitet. Die nächste Vorstandssitzung des ADGB wird sich mit der Wahl des Nachfolgers Sassenbachs als Generalsekretär der Internationale zu beschäftigen haben. Der Kongreß in Stockholm hat in den Ausschuß des ADGB gewählt: Grafmann als ordentliches Mitglied und Aufhäuser als Stellvertreter. Im August hat in der Bundeschule die erste vom ADGB veranstaltete internationale Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder stattgefunden. Das Beiseinmensein währte eine Woche. Es hat einen guten Verlauf genommen und auf die Teilnehmer, die aus 13 Ländern nach Berlin gekommen waren, einen sehr günstigen Eindruck gemacht.

Grafmann besprach dann die durch die Wahlen entstandene Lage. Er begrüßte es lebhaft, daß die Gewerkschaften mit ihrem entschiedenen Eintreten für die Sozialdemokratie in erheblichem Maße zu dem für die SPD. günstigen Wahlausgang beigetragen haben.

Diese Auffassung Grafmanns wurde in der Diskussion, in der wiederholt auf den Wahlkampf und sein Resultat eingegangen wurde, gebilligt. Ferner beschäftigten sich die Diskussionsredner mit den Angelegenheiten des ADGB und seiner Ueberfiedlung nach Berlin.

Nach einem Schlußwort des Kollegen Grafmann wurde die Sitzung geschlossen.

Von den Gefahren der Steinbrucharbeit. Am 20. September wurde im Steinbruch Ratzken (Amtshauptmannschaft Rauen) der Hilfsarbeiter Viebes beim Umkippen einer Lore an der Schutthalde mit dieser in die Tiefe gerissen. Nach kurzer Zeit trat der Tod bei dem Verunglückten ein. — Der Kollege Viebes wollte in nächster Zeit heiraten.

Mehr gemeinwirtschaftliches Denken

Unter diesem Stichwort bringt die „Soziale Bauwirtschaft“, Zeitschrift des Verbandes sozialer Baubetriebe, in ihrer Nr. 18/19 eine sehr beachtliche Abhandlung von R. Wiffell, Reichsarbeitsminister a. D. Der genannte Verband blüht auf ein zehnjähriges Bestehen und auf eine zehnjährige erfolgreiche Arbeitsleistung zurück. Diese Tatsache wird in der Sondernummer entsprechend gewürdigt. Der Aufsatz von Wiffell verdient weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu werden, wir bringen ihn deshalb zum Abdruck.

Die deutsche Arbeiterbewegung baut sich auf drei Säulen auf: Sozialdemokratische Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften. Alle dienen sie dem gleichen Ziel. Alle haben sich langsam, aber unaufhaltsam zu den mächtigen Gebilden entwickelt, die sie heute sind, in ständigen Kämpfen gegen die Gewalten der kapitalistischen Gesellschaft, die ihre dermaleinstige Ueberwindung klar vor Augen sehen und deshalb mit allen Mitteln den Aufstieg der neuen, vom Geiste der Gemeinschaft erfüllten Kräfte zu hindern suchen.

Die Partei sammelt die politischen Kräfte und sucht die Gesetzgebung in ihrem Sinne zu beeinflussen. In stetigem zähem Kampfe ist es ihr schon gelungen, die rechtlichen und staatsbürgerlichen Beschränkungen der früheren Zeit zu beseitigen. Das Ziel, auch die wirtschaftliche Ungleichheit durch eine durch und für die Gesellschaft betriebene Wirtschaftsverfassung zu beseitigen, steht allen ihren Maßnahmen vor Augen.

Die Gewerkschaften wollen möglichst reiflos die produktiven Kräfte der Arbeiter zusammenfassen, um auf die Arbeitsbedingungen einen maßgebenden Einfluß zu gewinnen. Schon im Gegenwartsstaat soll das Maß von wirtschaftlicher Freiheit für die Arbeitnehmer errungen werden, das sich nur irgend erreichen läßt. Die Arbeitnehmer sollen nicht mehr das Objekt der von anderen betriebenen Wirtschaftsgestaltung bleiben, das sie früher ausschließlich waren, sie sollen vielmehr zum gleichberechtigten Subjekt einer aufbauenden Wirtschaftspolitik werden, deren erste Aufgabe es ist, den Bedarf der Bevölkerung in planmäßiger Weise zu decken.

Die Genossenschaften wollen die Konsumkraft der arbeitenden Schichten in den Dienst der Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage stellen.

Das sind Ziele und Aufgaben, die an sich so klar und durchsichtig sind, daß man meinen sollte, sie müßten vom einfachsten Menschen begriffen werden. Und doch gibt es noch geistig hochstehende Menschen, die das nicht verstehen. Ich sehe dabei natürlich ganz ab von solchen Personen, die sich zwar auch in abhängiger Stellung befinden, die sich jedoch soziologisch so mit der kapitalistischen Gesellschaft verwardelt fühlen, daß sie ganz im Banne der kapitalistischen Anschauung leben. Von einem Generaldirektor kann man es ja schließlich auch kaum verlangen, sich einer Bewegung anzuschließen, die die heutige Wirtschaftsform bekämpft. Wir müssen jedoch feststellen, daß auch überzeugte Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Genossenschaftler sich vielfach nur schwer in ein Aufgabengebiet hineinverleihen können, das ihre überwiegende Tätigkeit nur mittelbar berührt.

Ziel enger noch muß sich das Zusammenarbeiten zwischen den einzelnen Zweigen der Arbeiterbewegung gestalten, wenn sie den größtmöglichen Wirkungsgrad erreichen sollen. Gewiß gibt es Reibungen, die sich aus der Abgrenzung der jeweiligen Aufgaben ergeben, gewiß ist manchmal eine gewisse Unbequemlichkeit zu überwinden. Wenn man sich jedoch in allen Zweigen der Arbeiterbewegung bemüht, etwa austauschende Reibungen in dem Geiste beseitigen zu wollen, der in allem nicht den bösen Willen des anderen, sondern eine vielleicht manchmal zu verzeihende Ueberhöhung der Notwendigkeiten des eigenen Arbeitsgebietes sieht, dann ist schon viel gewonnen. Manche Kräfte würden dann zu gemeinsamer Arbeit frei werden.

Der Konsumverein kann seinen Laden nicht neben jeder Wohnung haben. Darum auch soll der, der seinen täglichen Bedarf einkaufen muß, nicht immer gleich zum nächsten Krämer laufen. Ein wenig Ueberlegung ermöglicht es ihm schon, vorauszuschauen und nicht heute diese und morgen jene Kleinigkeit zu kaufen, sondern gemeinsam möglichst alles im Konsumverein. Die Gesamtzeit, die er zur Deckung seines Bedarfs aufwenden muß, ist dann sogar oft geringer, als sie sich bei der Zusammenzählung der vielen einzelnen Laufereien ergibt. Wenn er so handelt, stärkt er den Konsumverein nicht nur durch seinen größeren Einkauf, sondern auch dadurch, daß er die Kraft des Verkaufspersonals weniger in Anspruch nimmt und so die Bedienung von mehr Kunden in schnellerer Zeit ermöglicht. Deshalb kann das Benötigte jeweils, wenn der Bedarf sich herausstellt, kurz auf einen Zettel geschrieben werden, der dann beim Einkauf dem Verkäufer übergeben wird.

Das eben Gesagte gilt nicht nur für die einzelne Privatperson, sondern auch für den einzelnen als Mitglied irgendeiner Körper-

schaft. Werden, um nur eines herauszugreifen, die sozialen Bauhütten wirklich so gefördert wie sie es verdienen? Sie sind gegründet, um einen immer stärkeren Einfluß auf das Bau- und Wohnungsweien zu gewinnen. Sie sollen und wollen sich um die Verbilligung der Baukosten bemühen, sollen dadurch die Bildung von Preisringen, wie sie in manchen Bezirken ganz unverfennbar sind, verhindern, oder, wo sie bestehen, zunichte machen. Je mehr Bauten ihnen übertragen werden, desto leistungsfähiger können sie werden und um so größer ist auch der Erfolg auf dem von ihnen bereits beschrittenen Wege wirtschaftlicher Betriebsführung. Haben die Organisationen der Arbeiter, wenn sie Bauten auszuführen hatten, wirklich immer die Bauhütten so herangezogen, wie es möglich gewesen wäre? Die Partei hat Bauten auszuführen, die Gewerkschaften, die Konsumvereine, die Baugenossenschaften. Ist es nicht eine Sentimentalität sondergleichen, wenn diese Körperschaften einem privaten Bauunternehmer die Ausführung eines Hauses übertragen, nur weil er zu einer Zeit, als es noch keine Baugenossenschaft gab, gewiß nicht schlecht einmal einen Bau ausgeführt hat? Wo eine Baugenossenschaft besteht, ist kein Platz und Raum für solche Sentimentalität. Die eigenen Einrichtungen sollen in erster Linie gefördert werden, im Interesse der Gesamtbewegung.

Wieviel Geld wird heute in die Sparkassen getragen! Es ist gewiß schön und gut und zu begrüßen, wenn jemand auch an Zeiten der Not denkt. Wenn man dazu die Sparkassen benutzte, so war bisher auch dagegen nichts einzuwenden. Aber wir haben heute doch die Arbeiterbank. Sie steht auf absolut sicherem Fundament, auf sicherem Boden als manche Sparkasse. Dahin gehört das Geld, denn dann wird es zweckmäßig genutzt, die der Arbeiterbewegung dienen, nicht aber irgendwelchen ausschließlich kapitalistischen Aufgaben.

Wenn jemand eine Lebensversicherung oder sonst irgendeine Privatversicherung abschließen möchte, so bedarf er heute dazu nicht mehr irgendeiner der vielen, ihr Geld ebenfalls kapitalistischen Zwecken zuführenden Privatversicherungen. In der Volksfürsorge, die genau so wie alle anderen Versicherungsgesellschaften der Aufsicht des Aufsichtsbeamten für Privatversicherungen untersteht, hat er die Möglichkeit, seine Wünsche erfüllt zu sehen.

Eine kleine Wiedergabe aus unserem Verbands-Notizkalender für 1931, der demnächst zum Versand kommt:

Kollege! Was bietet dir der Verband?



- Er schützt deine Arbeitskraft gegen Ausbeutung und Mißbrauch
- Er wirkt für die Erweiterung des Gesundheits-, Unfall- und Jugendschutzes
- Er sorgt für die Anerkennung deiner Rechte
- Er erwirkt die tariflich festgelegte Bezahlung
- Er kämpft für Verkürzung der Arbeitszeit
- Er kämpft für Ferien, denn Erholung braucht jeder Mensch



Er gewährt dir Rechtsschutz in gewerblichen und die Arbeiterversicherung betreffenden Streitigkeiten!



- Er sorgt für gute Berufsausbildung, pflegt die Solidarität und den kollektiven Verkehr
- Er erstrebt die gesetzliche Neuregelung der Berufsausbildung
- Er sorgt für deine Aufklärung in allen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen
- Er ist dein zuverlässigster Freund in jeder Lage

Es bedarf noch eines größeren gemeinwirtschaftlichen Geistes, sowohl bei den Privatpersonen als auch bei den Genossenschaften, bei den Gewerkschaften und bei den einzelnen Parteiorganisationen. Wenn sich jeder immer und immer wieder die Frage vorlegt, wie diene ich am besten dem mir ins Herz gegrabenen Ziele, dann können wir auch in der heutigen Zeit mehr erreichen als wir es selbst im ersten Augenblick meinen.

Kontrolliert die Beitragsentrichtung zur Arbeitslosenversicherung!

Bereitete eine Unterverversicherung. Durch Diktat der Reichsregierung ist bekanntlich an der Arbeitslosenversicherung ein empfindlicher Abbau vorgenommen worden. Eine grobe Verschwendung und Verschlechterung des Arbeitslosenversicherungsrechts bringt auch jene Bestimmung, die besagt, daß die Lohnklasse, die für den Unterstützungsbeitrag maßgebend ist, statt nach der Lohnhöhe nach dem entrichteten Beitrag festgestellt wird. Wörtlich lautet der neue Absatz 3 des § 105:

„Soweit in dem Zeitraum, der nach Abj. 2 maßgebend ist, eine versicherungspflichtige Beschäftigung bestanden hat, darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrundegelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichsanstalt nach § 150 zugrunde gelegt war. War der Arbeitnehmer damals infolge von Kurzarbeit Lohnföhrungen unterworfen, so tritt an die Stelle eines geringeren Grundlohnes, der der Bemessung ohne die Lohnföhrung zugrunde gelegt worden wäre.“

Und nach Absatz 2 des § 105 wird bei der Berechnung bzw. Einlösung in die Lohnklasse der Grundlohn, der letzten 26 Wochen vor der Arbeitslosmeldung, nach dem die Beiträge entrichtet wurden, herangezogen. So die jetzige Rechtslage. — Wie sah die Regelung vor dem 1. August dieses Jahres aus?

Bis zum 31. Juli 1930 war für die Feststellung der Lohnklasse nicht der Grundlohn maßgebend, nach dem die Beiträge entrichtet worden sind, sondern der tatsächliche Verdienst, den der Arbeitnehmer erarbeitet hatte. Auf diese Weise war eine Unterverversicherung nicht möglich. Selbst wenn der Arbeitgeber geringere Beiträge zur Arbeitslosenversicherung entrichtet hatte, obwohl auf Grund des Verdienstes des Arbeitnehmers höhere Beiträge zu entrichten gewesen wären, blieb dies für den Arbeitnehmer in bezug auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung ohne Einfluß. Nachteile sind dem Arbeitnehmer durch eine etwaige Unterverversicherung von Seiten des Arbeitgebers nicht entstanden. — Dies ist jetzt anders! Und zwar weil, wie bereits ausgeführt, nicht mehr der tatsächliche Verdienst, sondern der Grundlohn, nach dem die Beiträge entrichtet worden sind, für die Unterstützungshöhe maßgebend ist.

Eine etwaige Unterverversicherung wirkt sich für den Arbeitnehmer stets nachteilig aus. Unterverversicherung bedeutet Unterstützungsföhrung. Dies heißt es zu verhindern. Die Arbeitgeber müssen darauf hin kontrolliert werden, daß von ihnen die Beiträge nach dem den tatsächlichen Verdienst entsprechenden Grundlohn entrichtet werden. Eine solche Ueberwachung ist unbedingt notwendig, weil auch die Fälle bisher schon nicht vereinzelt liegen, wo der Arbeitgeber den Beitrag nach einem geringeren Verdienst als dem wirklichen entrichtete. In Betrieben, in denen keine Betriebsvertretung vorhanden ist, muß der Arbeitnehmer selbst die richtige Beitragszahlung überwachen und in Betrieben mit Betriebsvertretungen wählt dem Betriebsrat eine neue Aufgabe, nämlich die Aufgabe, in bezug auf die Beitragsentrichtung nach dem Rechten zu sehen.

Wachsamkeit ist am Platze, durch Unterverversicherung kann sich nämlich der Unterstützungsbeitrag um 1, 2, 3 und noch mehr Mark verringern. Zumal gegen den Arbeitgeber mit einer Schadenersatzklage nicht viel zu machen sein wird, da für den Arbeitnehmer die Pflicht besteht, selbst die richtige Beitragsentrichtung zu überwachen. Und wenn er dies nicht tut, kann sehr leicht § 254 BGB in Frage kommen, der den Schadenersatz so ziemlich ausschließt, wenn bei der Entziehung des Schadens ein Verschulden des Beschädigten mitgewirkt hat. Die neue Regelung zwingt zur Kontrolle. Nur sie gibt die Möglichkeit, Schaden von vornherein abzuwenden.

Kirchberg. Im festlich geschmückten Rathausaal begingen wir am 27. September unser 25jähriges Jubiläum. Der Vorsitzende, Kollege Lahr, gab einen Ueberblick von der Entstehung und Entwicklung des Gliedes in der Kette der Arbeiterbewegung. Noch neun Gründer konnte er beglückwünschen und mit Diplom und Buchgeschenk auszeichnen. Zwei weitere, jetzt unserem Verband nicht mehr angehörende Gründer kamen aus weiter Ferne, um damit ihre Verbundenheit mit unserer Sache zu bekunden. Ein Junger übermittelte die Grüße der jungen Generation und versprach, die von den älteren Kollegen gehegte Fahne weiterzutragen bis zum endgültigen Sieg der Arbeit über die Drogen der menschlichen Gesellschaft. Der Festredner, Kollege Koch vom Hauptvorstand, überbrachte dessen Glückwünsche und betonte besonders, daß sich unsere gute Sache trotz aller Schitanen, aller Krisen und sonstiger Hemmnisse durchgerungen habe zu einer Bewegung, ohne die eine geordnete Wirtschaft überhaupt nicht mehr denkbar ist. Seine mit großem Interesse angehörten Ausführungen schlossen mit den Worten, die heute notwendiger sind denn je: „Vorwärts, trotz alledem!“ Kollege Gorgi dankte als Jubilar und bat um Nachsicherung der Jugend, damit ihre Arbeit nicht umsonst gewesen sei. — Gute Musik, ein Krogel sowie je drei sauber vorgetragene Lendenzöhre der „Freien Sänger“ und des „Volkschores“ umrahmten den ersten Teil des Festabends. Im zweiten Teil kam das Tanzbein und die Festlichkeit auf die Rechnung.

Und nun, Kollegen! Als erste Arbeit wollen wir im nächsten Vierteljahrhundert aufräumen mit der Laubzeit in den Kreisen der Steinarbeiter und sie alle dem Steinarbeiterverband zuföhren nicht als Statisten, sondern als aktive Kämpfer. Vereinzelt sind wir nichts, vereinigt alles!

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

6. Gau: Der Streik bei der Firma Porphywerke Weinsheim-Schriesheim wurde erfolglos beendet.

Im Auslande darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht veräußert werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatischen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

Der Verband Bayerischer Granitwerke (Granitschleifereien) hat unterm 30. 9. 1930 die geltenden Lohnsätze zum 30. 10. 1930 gekündigt. Wie der Verband mitteilt, ist „Zweck der Kündigung die Herbeiföhrung einer Senkung der Löhne“.

Verbandsstreue

Im September konnten in den unten aufgeführten Zahlstellen die genannten Kollegen auf eine 25- und mehrjährige ununterbrochene Verbandsmitgliedschaft zurückblicken. In

- Mübling:** August Ellinger.
- Bamberg:** Johann Helmschrott.
- Breslau:** Otto Jahn.
- Dortmund:** Franz Böding, Heinrich Biermann.
- Gnadenfrei:** Gustav Menzel, Rudolf Weber, Paul Bauer, Franz Priemer, Ernst Karger, Hugo Junge, Emil Brajse, Alfred Wolf.
- Hamburg:** Max Boddien.
- Heppenheim:** Georg Schlapp, Friedrich Hofmüller, Joseph Kraus, Adam Mai.
- Kirchberg i. Sa.:** Paul Kunz, Oskar Meinel, Alfred Meier, Emil Rödel, Max Georgi, Ernst Kerschmar, Bruno Freitag, Ernst Strobel, Wilhelm Weigmann, Oswald Bedert.
- Kirchrodenburg:** Valentin Brauneis, Philipp Köhler.
- Kiefersfelden:** Alois Lettenbichler, Joseph Zillner, Paul Ellmerer, Ludwig Lindner, Joseph Schmutz, Korbinian Griefel, Ludwig Griefel, Alois Höpfl, Joseph Kuhstorfer.
- Kiel:** Heinrich Horn, Hermann Kohde, Heinrich Köhler, Otto Schippels, Gustav Schelinski.
- Mainz:** Georg Klappich, Ludwig Hollmann.
- Meißen:** Karl Kladner.
- Mügramsreuth:** Georg Sammet, Hans Lindner.
- Regensburg:** Augustin Bräu, Paul Danner.
- Roth am Sand:** Georg Zimmerer.
- Schopfloch:** Eduard Hilpert.
- Waldenburg i. Schle:** Otto Ringmann.
- Wernigerode:** Otto Klipstein.

Den vorstehend genannten Verbandsmitgliedern nachträglich noch die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage. Die Verbandsstreue möge der jüngeren Generation ein Ansporn sein zum Nachstreuen.

Rundschau

Bauwirtschaft und Arbeitsmarkt. Von Ende Mai bis Ende Juli sind bei den Arbeitsämtern durchschnittlich 330 000 arbeitssuchende Bauarbeiter und Arbeiter in der Industrie der Steine und Erden mehr beschäftigt worden als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei dem gleichen Umfang der Bautätigkeit wie im Vorjahre wäre die Arbeitslosigkeit um diese Zahl den ganzen Sommer hindurch geringer gewesen. Daraus ist ersichtlich, wie der Arbeitsmarkt von der Bauwirtschaft beeinflusst wird.

25 Milliarden Liter Milchverbrauch. In Deutschland werden jährlich ungefähr rund 21 Milliarden Liter Kuhmilch gewonnen. Die Kuh des kleinen Mannes, die Ziege, liefert rund 1 Milliarde; darüber hinaus werden rund 5 Milliarden Liter aus dem Ausland bezogen. Nach Abzug der Menge für Verfütterung an Jungtiere werden ungefähr 20 Milliarden Liter für die menschliche Ernährung gebraucht. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet sind dies rund 387 Liter Milch jährlich. Diese Milch wird allerdings nicht restlos in ihrer ursprünglichen Form genossen, sondern zu Butter und Käse usw. verarbeitet. Rund 9 1/2 Millionen Milchkuhe sind in Deutschland vorhanden. Im Reichsdurchschnitt liefert jede Kuh jährlich 2220 Liter Milch. In manchen Gegenden geht die Leistungsfähigkeit einer Kuh weit über den Durchschnitt hinaus. Aus obigen Ziffern ist zu ersehen, welcher außerordentlich hohe Wert bei den Veredelungsprodukten der Landwirtschaft umgeschlagen wird. Der Wert der landwirtschaftlichen Erzeugnisse könnte noch um ein Bedeutendes gesteigert werden, wenn es der deutschen Landwirtschaft gelänge, auf dem Gebiete der Veredelungswirtschaft höhere Leistungen zu erzielen.

Abnahme der Heiratshäufigkeit durch die Massennot. In den Monaten Mai und Juni war die Zahl der Eheschließungen nicht unbedeutend niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Selbst das statistische Reichsamtsamt stellt fest, daß die Abnahme der Heiratshäufigkeit in starkem Maße mit der ungünstigeren Gestaltung der Wirtschaftslage zusammenhängt. Nach den bevölkerungsstrukturellen Veränderungen wäre nicht ein Sinken, sondern ein weiteres Ansteigen der Zahl der Eheschließungen zu erwarten gewesen. Im ersten Halbjahr 1930 war im ganzen noch eine Zunahme der Heiratshäufigkeit um 0,2 auf 9,5 je 1000 Einwohner festzustellen. Diese Zunahme an Eheschließungen hat sich jedoch seit April immer mehr vermindert. Der Rückgang der Heiratshäufigkeit ist nach unserer Meinung etwas ganz Natürliches in einer Zeit, wo Millionen Menschen sich kaum über Wasser halten können. Wenn Frauen und Mädchen in Massen arbeitslos sind, dann müssen sie an alles andere eher denken als ans Heiraten. Somit überträgt sich das Massenelend der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf alle Gebiete des Lebens.

Stärkere Einwanderungsbeschränkungen in USA. Die Vereinigten Staaten, von dem patriotischen Völkervertränker als „Gott's eigenes Land“ bezeichnet, befinden sich in der gleichen Wirtschaftskrise wie alle anderen Länder der Welt. Der Gott der „prosperität“, des allgemeinen Wohlergehens, der amerikanische Nationalgott, scheint sein Volk prüfen zu wollen; er zeigt ihm die kalte Schulter. Wirtschaftskrisen betreffen als ersten den Arbeiter, denn auf ihn werden die Folgen abgewälzt. Abwärts — Einschränkung der Produktion — Arbeiterentlassungen — Massenelend... das gleiche in den Vereinigten Staaten wie in Europa. Nun markieren die Wirtschaftsdoktoren auf: Wer ist schuld an der Krise — In Deutschland behaupten sie, die Sozialversicherung sei schuld. In den Vereinigten Staaten gibt es keine Sozialversicherung, auf die man die Schuld schieben könnte, also muß die Einwanderung als Sündenbock herantreten. Wie jeder weiß, ist die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten heute, nach den radikalen und brutalen Beschränkungsmaßnahmen der letzten Jahre, fast bedeutungslos. Die jährliche Einwanderung aus Europa beträgt z. B. nur 150 000 Personen. Nach Anträgen, die der amerikanischen Kammer vorliegen und die wahrscheinlich angenommen werden, soll aber nunmehr die Einwanderung um weitere 50 Prozent vermindert werden. Was dies bedeutet, ist aus folgendem ersichtlich: In den Jahren 1901 bis 1926 sind 13 Millionen Europäer nach den Vereinigten Staaten eingewandert. Aus Italien wanderten in diesem Zeitraum 2,9 Millionen, aus dem Gebiet des alten Oesterreichs 1,6 Millionen, aus Großbritannien 1,1 Millionen und aus Deutschland 507 000 Personen ein. Dieses Hin- und Herüberfluten großer Menschenmassen wird wahrscheinlich für immer vorbei sein.

Die Einwanderungsbeschränkung ist für die Arbeiterschaft aller Länder keineswegs bedeutungslos. Wenn ein Unternehmen seine Erzeugnisse nicht im Inlande verkaufen kann, versucht er sie zu exportieren. Wenn ein Arbeiter aber die einzige Ware, die er zu verkaufen hat, seine Arbeitskraft, nicht in seinem Wohnort anbringen kann, so ist sie wertlos, denn die ungeheuren Einwanderungsbeschränkungen der ganzen Welt machen die Freiheit des Arbeiters zu einer Phrase, rauben ihm die Möglichkeit, die jedem anderen gegeben ist, seine wirtschaftliche Kraft dort anzulegen, wo ihre Betätigung die besten Erfolgsmöglichkeiten hat. Die internationale Gewerkschaftsbewegung überhaupt sollte der Frage der Wanderungen und der Freizügigkeit größere Beachtung schenken als bisher. Alle anderen wesentlichen Produktionsfaktoren genießen weitgehende Freizügigkeit, das Kapital kann jederzeit von einem Land in ein anderes wandern, in dem seine Erfolgsmöglichkeiten größer sind, es kann hier ganze Industrien und Tausende, Hunderttausende von Arbeitern brotlos machen, um dort mit Arbeitern zu produzieren, deren Löhne niedriger sind. Mehr als viele andere Faktoren tragen die Einwanderungsbeschränkungen dazu bei, den Arbeiter unfrei zu machen. Ihnen muß, neben diesem anderen mehr, der Kampf der internationalen Gewerkschaftsbewegung gelten.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

- Am 12. Oktober in Darmstadt um 14 Uhr im Gewerkschaftshaus.
- Am 18. Oktober in Mühlheim/Ruhr (Zahlstelle Oberhausen) um 18 Uhr im Volkshaus.
- Am 19. Oktober in Kolberg um 9 Uhr bei Gohlte, Stettiner Str.

*

Vertikale Reiseunterstützung wird nicht mehr geleistet wegen der finanziellen Schwierigkeiten durch die große Arbeitslosigkeit in Kahl (Thür.) und Waldenburg (Schles.).

*

6. Gau. Bezirksleiter Gras, Rammelsbach, ist erkrankt und befindet sich seit 2. Oktober im Gesehungsheim. In Streitfällen bei dem Arbeitsamt Kaiserslautern und Obergewerkschaftsamt (Spruchhaus) wenden sich die Kollegen der Palz an den Bezirksleiter Kollegen Wilhelm Probst, Kaiserslautern, Winterstraße Nr. 8, und die Kollegen des Kreistreffes St. Wendel, sowie Kreis Baumholder (Arbeitsamt Oberstein) an den Kollegen Walter Zimmer, Schwarzenberg. In allen wichtigen Angelegenheiten, Arbeitsgerichtsfragen usw. ist Vertreter Kollege Sarfert, Karlsruhe, Schützenstraße 16.

Güterproduktion und Güterverteilung. Die Ergebnisse der Gewerbebeurteilung für das Jahr 1929 geben sehr deutlich darüber Auskunft, wie die deutsche Wirtschaft sich verändert. Vor allem lassen sie eine Verschiebung zwischen der Produktion und dem Handel erkennen. Während die Betriebs- und Personenzahlen in Industrie und Handwerk um 0,7, bzw. 2,5 v. H. zurückgegangen sind, weisen sie in Handel und Verkehr nicht unerhebliche Zunahmen auf. Der Güterverteilungsapparat hatte im Jahre 1929 einen Zuwachs von 90 000 beschäftigten Personen erfahren. Damit hat die Verschiebung nach der Güterverteilung hin angehalten. Die Zunahme des Handels- und Verkehrsgewerbes erstreckt sich sowohl auf den Handel als auch auf das Versicherungswesen und Verkehrswesen und das Schank- und Gastwirtschaftsgewerbe. Der Einzelhandel steht mit einer Vermehrung der Betriebe und der beschäftigten Personen um 6,0 v. H., bzw. 9,7 v. H. an erster Stelle. Neben dem Einzelhandel zeigen auch der Großhandel und das Verlagsgewerbe beträchtliche Steigerungen der Beschäftigtenzahl. Damit wird sehr deutlich gezeigt, daß der Produktionsapparat in Deutschland an Umfang und Größe zurückgeht und der Verteilungsapparat immer stärker wächst. Wir bezweifeln, daß die Volkswirtschaft als Ganzes sich bei einer solchen Entwicklung in gesunden Bahnen bewegt. Die Versorgung der großen Masse der Bevölkerung wird um so kostspieliger, je größer der Apparat wird, der sich zwischen der Produktion und den letzten Konsumenten schiebt.

Der Maschinenarbeiter verdrängt den gelernten Arbeiter. Die Umstellung der Produktion hat auch zugleich eine Veränderung der Struktur der Arbeiterschaft im Gefolge. Der gelernte Qualitätsarbeiter hat nicht mehr jene Bedeutung, wie in früheren Zeiten. Der ungelernete Mann oder die Frau besetzen jene Stellen, die früher von dem gelernten Arbeiter eingenommen wurden. Das Landesarbeitsamt Sachsen macht in seinen „Mitteilungen“ vom 16. September Angaben, wie die veränderten Verhältnisse in der Industrie und Produktion auf die Wirtschaft gewirkt haben. Wörtlich heißt es:

„Eine weitere Form der Rationalisierung bestand in der Aufstellung neuerzeitlicher Maschinen in bestimmten Industrien. Beobachtungen darüber wurden bisher in erster Linie in der Metall- und Maschinenindustrie und Metallverarbeitung, im Bergbau, in der Textilindustrie, Papierindustrie, Holzindustrie, im Nahrungsgewerbe und Genußmittelgewerbe sowie im Vertriebsgewerbe vorgenommen. Es zeigte sich dabei vielfach, daß an Stelle von Facharbeitern, die früher in diesen Industriezweigen gebraucht wurden, andere Arten von Facharbeitern traten, daß z. B. im Bäckereibereich...

Was muß man von der Volksfürsorge wissen?

(Das Risiko der Gesellschaft.)

Die Zahlungen bei Sterbefällen, das eigentliche Risiko der Gesellschaft, könnte sie selbstverständlich nicht leisten, wenn hierfür nicht die nötigen Deckungsmittel vorhanden wären. Die Deckungsmittel können natürlich nur aufgebracht werden durch die Gesamtheit der Beteiligten selbst, die, versicherungstechnisch betrachtet, insgesamt genau soviel einzuzahlen haben, als der Gesellschaft Gesamtverpflichtungen erwachsen. Der Grundsatz: „Einer für alle und alle für einen“ findet im Versicherungswesen seine praktische Erfüllung.

Die Tarifrämie, der monatlich oder vierteljährlich zu zahlende feste Beitrag, ist in erster Linie nach der sogenannten Sterbetafel, die auf der statistisch erfassten tatsächlichen Sterblichkeit beruht, berechnet. In dieser Tarifrämie ist somit neben der eigentlichen Sparprämie, die mit Zins und Zinseszins für die Auszahlung der Versicherungssumme im Lebensfall ausgespart wird, die Risikoprämie, die zur Regulierung der eintretenden Sterbefälle bestimmt ist, enthalten. Außerdem enthält die Tarifrämie den Aufschlag für Verwaltungskosten. Wenn nun durch die Zusammenfassung dieser kurz skizzierten Faktoren die Summe der Tarifrämien höher ist als die Verpflichtungen der Gesellschaft (Gesamtheit der Versicherungssummen), so wird der Ausgleich dadurch bewirkt, daß die Versicherten im Verhältnis zu ihren Prämienzahlungen an den Uberschüssen der Gesellschaft Anteil haben. Rund 20 Millionen Reichsmark machen bereits die den Versicherten der Volksfürsorge zuzehenden Gewinnanteile und Zinsen aus.

gewerbe für Brotfabriken Maschinenarbeiter anstatt Bäcker gebraucht wurden, oder in der Textilindustrie in der Bedienung bestimmter Webstuhlarten Schlosser und Maschinenarbeiter anstatt Weber. Im Braunkohlenbergbau wurden Feststellungen darüber gemacht, daß die Mechanisierung der Braunkohlenbetriebe zu einer Vermehrung der qualifizierten Arbeitskräfte geführt hat, daß aber nicht mehr der eigentliche bergbauliche Facharbeiter, der Häuer, Schlepper oder Fördermann, sondern der Maschinenarbeiter mit guten handwerklichen Kenntnissen benötigt wird. Im Steindruckgewerbe wurden Beobachtungen verzeichnet, daß sich etwa 25 v. H. aller Arbeitslosen dieses Betriebszweiges aus Jugendlichen im Alter von 18 bis 21 Jahren zusammensetzten. Bei der Kompliziertheit des Steindruckgewerbes und den hohen Anforderungen, die gestellt werden, trägt in diesem Falle die Jugend die Hauptlast der Rationalisierung. Im Handel erfordert die Bedienung der Buchungs- und Lochmaschinen ebenfalls andersartig vorgebildete Arbeitskräfte als die frühere Art der Buchhaltung und Geschäftsführung. Bei der Aufstellung neuerzeitlicher Maschinen ist ferner sehr häufig festgestellt worden, daß Facharbeiter durch angelernte Arbeiter ersetzt worden sind, oder daß an Stelle von Facharbeitern und Angelernten weibliche Arbeitskräfte eingestellt wurden. Derartige Beobachtungen sind fast in allen Industriezweigen gemacht worden.

Man darf wohl annehmen, daß diese Umwälzungen nicht nur in Sachsen beobachtet werden, sondern überall in Erscheinung treten. Jedenfalls wird sich die deutsche Arbeiterschaft in ein paar Jahren wesentlich anders zusammensetzen, als wir das von früher gewohnt waren.

Mobilisierung der brachliegenden Kräfte für die Arbeiterbewegung. Man schreibt uns: Leider sind weder die Gewerkschaften, noch die Partei in der Lage, sämtliche Erwerbslosen von heute auf morgen wieder in Arbeit und Brot zu bringen. Auch hier gilt in erster Linie das Wort: Bist du Gottes Sohn, dann hilf dir selbst! Und tatsächlich könnten gerade die Arbeitslosen aus allen Kreisen selbst mit daran arbeiten, daß ihre Lage wenigstens im Laufe der Zeit gebessert wird, indem sie sich bemühen, die Zeit der unfreiwilligen Muße auszufüllen durch Werbearbeit in der modernen Arbeiterbewegung. Wer ist mehr berufen, die in Arbeit stehenden Kollegen zur Organisation heranzuziehen, als gerade sie? Eine der schwerwiegendsten Ursachen der heutigen Massenarbeitslosigkeit hat doch ihre Ursache darin, daß die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei zu schwach waren, die massierten Angriffe der Unternehmer abzuwehren. Daß sie zu schwach waren, von sich aus das Wirtschaftsleben zu beeinflussen, sei es auf dem Wege der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft, sei es durch Einfluß auf die Regierung durch Bereitstellung umfangreicher Mittel zur Arbeitsbeschaffung usw. Was liegt nun näher, als die arbeitslosen Mitglieder der Gewerkschaften für diese Ideen zu interessieren. Man könnte Arbeitslosenversammlungen oder Sitzungen abhalten, mit ihnen die Ziele und Aufgaben der Gewerkschaften, der Partei, der Konsumgenossenschaften, der Volksfürsorge usw. besprechen, um sie so zu befähigten Werbepersonen für unsere Aufgaben zu machen, damit sie uns mehr als bisher helfen, den Kreis der organisierten Gewerkschaftler, Parteigenossen, Genossenschaftler und Versicherten zu vergrößern. Jede dieser unserer Einrichtungen würde sich sicher bereit erklären, für erfolgreiche Werbung kleine Entschädigungen zu zahlen, damit auch von der Geldseite her ein Anreiz geschaffen wird. — Vielleicht ließen sich auf diesem Wege zahlreiche, heute brachliegende Kräfte für unsere Arbeiterbewegung nutzbar verwerten unter der Parole: Durch die Arbeitslosen für die Arbeitslosen!

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes

Die im Juni d. J. an alle Zahlstellen gesandten Mitgliederlisten sind zum 15. Oktober 1930 in allen Teilen genau ausgefüllt an den Verbandsvorstand einzusenden. Wir erlauben, diesen Termin möglichst einzuhalten.

Von einigen Zahlstellen wurden irrtümlich mit den Mitgliederlisten gleichzeitig schon jetzt die Mitgliedsbücher zwecks Neuauflage eingekandt. Sämtliche neuen Mitgliedsbücher werden erst nach Jahreschluß 1930 ausgefüllt, vorausgesetzt, daß die Beitragsmarken rechtzeitig eingekandt sind.

Adressenänderungen

1. Gau: Königsberg i. Pr. Bezirksleiter für Ostpreußen: Artur Casper, Vorderer Hofgarten Nr. 60/61, Zimmer 20.
4. Gau: Langenlaka. Kass.: Emil Hadel, Lonnaer Str. 6.
5. Gau: Lemtha. Vorj. u. Kass.: Fritz Stratmann, Diepke bei Lemtha. — Gruiten. Vorj. u. Kass.: Paul Remus, Düsseler Mühle 115.
9. Gau: Nieder-Oelde. Vorj.: Philipp Böcher, Ober-Oelde, Post: Homberg (Hessen). — Kass.: Karl Horst, Ober-Oelde.
11. Gau: Oldenburg i. H. Vorj. u. Kass.: Otto Lüth, Sebenierweg.

Neue Bücher und Zeitschriften

Sand und Kies. Von Dr. Egon Trümpener. Kallwey-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 62, Kiekgangstr. 2. Din. A 5, 126 Seiten mit 33 Abbildungen. Preis 4,20 RM., Porto 0,15 RM.

Das Anwendungsgebiet von Sand und Kies hat sich gewaltig ausgedehnt, die Verwendungsmöglichkeiten sind fast unbeschränkt, und auf allen Gebieten stellt man an diese so unerschöpflichen Stoffe mannigfaltige und wechselnde Anforderungen. Insbesondere haben sich die Anforderungen über die Bedeutung der Zuschlagstoffe für Mörtel und Beton geändert, deren Festigkeit nicht bloß von der Beschaffenheit des Bindemittels und des Mischungsverhältnisses abhängt, sondern ebenso sehr durch die Eigenschaften der Zuschlagstoffe beeinflusst wird. Auch für die Verwendung von Sand und Kies für künstliche Steine, in der Keramik, der Glasindustrie, der Viehwirtschaft, als Schleifmittel und Filterstoff werden besondere Anforderungen in Bezug auf die Eigenschaften gestellt. Diesen Verhältnissen entsprechend sind die Sand- und Kieswerke wirtschaftlich wichtige Betriebsstätten geworden. Die vorliegende Schrift gibt zum ersten Male eine zusammenfassende Uebersicht über die Verwendung von Sand und Kies und die jeweils geforderten Eigenschaften. Ein umfangreiches Literaturverzeichnis, eine umfassende Liste von Benennungen und ein Sachverzeichnis erleichtern die Benutzung der Schrift, die durch 33 Abbildungen anschaulich gestaltet worden ist. Sie kann daher in den in Frage kommenden Industriezweigen zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Rätsell und Ausblick. Mit dem Septemberheft schließt der 6. Jahrgang der „Urania“. Aus dem Inhaltsverzeichnis läßt sich ersehen, wie reich der Inhalt war, der kaum ein Gebiet der Natur- und Gesellschaftswissenschaft unberührt gelassen hat. Ueberall macht sich die entscheidende Richtung für Aufklärung und Fortschritt geltend. Das letzte Heft führt uns auf einer Paddelbootfahrt auf Saale und Elbe. A. Lomwitsch beschäftigt sich mit neuen reiflichen Erzeugnissen. Am Beispiel des oberrheinischen Hasenbruchs zeigt Kurt Gens die Spuren mittelalterlicher Wirtschaftsgeschichte in der Natur. Ueber den Stand der heutigen Elektrizitätswirtschaft wird ein Querschnitt gegeben. Zahlreiche Notizen berichten von Neuentdeckungen. Von der Kleidung von Millionen Menschen, der Baumwolle, wird die Entstehung und Aufzucht gezeigt. Thomas Hed weist auf die Bedeutung des sozialen Wanderns in der ganzen Welt hin. Alfred Käseberg behandelt die soziale Bedeutung von Gymnastik, Tanz, Spiel und Sport und Karl Obermann geht den Zusammenhängen von Kultur und Krankheit nach. Das „Neue Licht und neues Leben“ beschäftigt das Heft, das wie immer reich illustriert ist.

Der Beginn des neuen Jahres sollte jeden nach seinen strebenden veranlassen, sich über die großen Zusammenhänge in der Natur und Gesellschaft zu informieren und ein Abkommen dieser für die Arbeiterschaft unendlich wichtigen Zeitschrift eingehen. Probehefte und Prospekte stellt der Verlag jederzeit auf Wunsch gern kostenlos zur Verfügung.

Wirtschaft über Amerika. Von Prof. Dr. Adolf Reichwein. Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., mit 33 Abbildungen und 5 Karten. Broschiert 1,50 RM., in Ganzeinband 2,- RM., Vorkaufsausgabe 2,75 RM. Professor Adolf Reichwein, bekannt durch seine wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen, bereite Nordamerika. Den Extrakt seiner Einbrüche gibt er in dem vorliegenden Büchlein wieder. Blödhäuer und Farmen, Riesenfabriken und ärmliche Läden der Einwanderer-Quartiere, der Rhythmus der City-Strasse und die geheimnisvolle Stille der menschenleeren Prärie, die strahlende Wärme Kaliforniens und der Eisganz der Hohegebirge sind ihm gleich vertraute Dinge. „Wirtschaft über Amerika“ umreißt in großen Strichen ein Bild, das die Phantasie des Lesers zu lebendiger Gestaltung anregt. Vieles ist wohl noch in feiner Sprache so knapp und treffend das Wesentliche über die natürlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse Anglo-Amerikas gesagt worden. Die reiche Weiterbildung ergänzt und erweitert den Text ganz wesentlich. Der Verlag hat ein neues Gebiet aufgeschlossen, das der Verfasser meisterhaft zu behandeln versteht. Auch bei der Ausstattung ist wieder sehr sorgfältige Arbeit geleistet worden. Das Büchlein kann deshalb empfohlen werden.

Anzeigen

Achtung! Steinsetzer im Tarifbezirk Groß-Berlin—Brandenburg

Bezirkskonferenz am Dienstag, 14. Oktober, 18 Uhr, im Saal 5 des Berliner Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Bericht über die Lage im Beruf. Kündigung des Tarifvertrages von seiten der Arbeitgeber. Verschiedenes. Verbandsbuch legitimiert. Gauleiter: Edmund T a e g e.

Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechetangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 32

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13,- Mk., aus II-Drahtleder 9,- und 6,50 Mk., Mauerströcke 1,20 Mk. Echt Lindner-Manchesterhosen Qual. I 17,-, II 15,-, III 11,- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

- In Leipzig am 24. September der Schleifer Emil Schütze, 39 Jahre alt, 12 Wochen krank, Lungenentzündung.
- In Striegau am 24. September der Brecher Wilhelm St a u d e, 71 Jahre alt, Altersschwäche.
- In Dresden am 27. September die Sandsteinmetzen Ernst Thiele, 73 Jahre alt, 2 Jahre und Emil Wend, 58 Jahre alt, 11 Monate Lungentuberkulose.
- In Steinach am 28. September der Griffelmacher Max L i n h s, 23 Jahre alt, Körperverletzung.
- In Gommern am 29. September der Schotterschläger Karl Keller, 21 Jahre alt, Lymphdrüsenkrebs, 36 Wochen krank.
- In K a m e n z am 17. September der Brecher Ernst F i e d l e r, 62 Jahre alt, Betriebsunfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst W i n d e r, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.